

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK ANFANG 1960

Die Konjunktorentwicklung ist zu einem Hauptthema (bundes-) deutscher Politik geworden. In dem Vierteljahr zwischen diesem und dem letzten Bericht zur Wirtschaftslage (GM, H. 1/1960, S. 48 ff.) ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht Presse und Rundfunk von Äußerungen prominenter Personen sowie öffentlicher oder privater Stellen über tatsächliche oder vermeintliche konjunkturelle Anspannungen und Gefahren und über vorgeschlagene Gegenmaßnahmen berichtet haben. Sogar der Bundeskanzler, sonst nicht gerade stark an wirtschaftlichen Fragen interessiert, nimmt diesmal aktiv am Konjunkturgespräch teil. Die Bundesbank hat eine Reihe von erheblich einschränkenden geldpolitischen Maßnahmen getroffen, und Mitte März ist ihr das Bundeskabinett mit einem Beschluß über — nach seiner Ansicht — konjunkturdämpfende Maßnahmen gefolgt, die freilich noch von Bundestag und Bundesrat gebilligt werden müssen. Schließlich läuft die Propaganda der Arbeitgeberverbände auf hohen Touren, um das Inflationsgespenst bei gewerkschaftlichen Lohnforderungen an die Wand zu malen. Alles in allem erscheint die gegenwärtige Konjunkturdiskussion „überhitzt“ zu sein als die Konjunktur selbst.

Das Bild der Konjunktur hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres gegenüber der Konjunkturlage am Ende des vergangenen Jahres nicht wesentlich verändert. Die konjunkturelle Expansion war weiterhin stark. Allerdings ließ die wirtschaftliche Aktivität auch diesmal — wie in jedem Jahr — nach dem Überschreiten des jahreszeitlichen Höhepunktes im November in den Wintermonaten etwas nach. Jedoch war diese saisonübliche Abschwächung nicht so stark wie in früheren Jahren. Produktion und Beschäftigung blieben auf einem hohen — in dieser Jahreszeit bisher noch nicht erreichten — Stand. Nach wie vor wird die eindrucksvolle wirtschaftliche Aufwärtsbewegung hauptsächlich von einer kräftigen Auslandsnachfrage und einer starken Investitionstätigkeit getragen, wobei insbesondere die private Investitionstätigkeit und -neigung zunahm, während die Wohnungsbau-tätigkeit — vor einem Jahr die konjunkturelle Hauptantriebskraft — relativ nachgelassen hat. Auch die Lagerbewegung trat in ihrer Bedeutung als Auftriebsfaktor zurück, da die Lagerdispositionen vor allem im Verbrauchsgüterbereich vorsichtiger wurden. Wie bisher gingen vom privaten Verbrauch im ganzen keine wesentlichen konjunkturellen Impulse aus.

*

In den Monaten Dezember 1959 und Januar 1960 waren mit 13 bzw. 14,5 vH die höchsten Jahreszuwachsrate der *Industrieproduktion* seit vier Jahren zu verzeichnen¹⁾.

1) Dieser Bericht wurde am 15. März abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die industrielle Produktion und Auftragslage erst bis zum Monat Januar vor.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Januar 1959 der Tiefstand der letzten konjunkturellen Abschwächungsphase gelegen hatte. Damals war die Industrieproduktion gegenüber Januar 1958 sogar um 0,8 vH zurückgegangen. Der Dezember 1958 wies zwar eine Jahreszunahme auf, jedoch war diese geringfügig. Für die Beurteilung der Zuwachsraten ist es aber wichtig, „ob sie die Fortsetzung vorangegangener starker Expansionen darstellen, oder ob sie auf nur geringe Zuwachsraten oder gar auf Produktionsrückgänge gefolgt sind und daher bis zu einem gewissen Grade nur das wieder eingeholt haben, was in einer früheren Konjunkturphase am Wachstum entgangen war“, wie es im Konjunkturbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften über die Monate Januar bis März 1960 heißt (WWI-Mitteilungen, H. 3/1960). Das WWI schätzt diesen »Nachholbedarf« für Januar auf etwa 4 vH. Weitere 0,5 bis 1 vH der Jahreswachstumsrate von 14,5 vH im Januar 1960 führt das WWI auf eine Abschwächung des jahresüblichen saisonbedingten Produktionsrückganges vom Dezember zum Januar zurück, so daß ein »konjunktureller Neugewinn« von 9 bis 9,5 vH übrigbleibt. Für Dezember 1959 hatte das WWI einen „Neugewinn“ von rund 10 tH errechnet. Als Ergebnis dieser Schätzung stellt das WWI fest, daß die in den letzten Monaten gestiegene Wachstumsrate nicht als eine Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung gedeutet werden kann, sondern daß eine Analyse der Wachstumsrate eher eine »leichte konjunkturelle Abschwächung« erkennen läßt.

Von den großen Industriebereichen hatte die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit jeweils mehr als einem Fünftel Produktionszunahme im Dezember 1959 und Januar 1960 die höchsten Jahreszuwachsrate aufzuweisen. Auch die Investitionsgüterindustrie erzeugte im Januar 1960 rund ein Fünftel mehr als im Januar 1959, im Dezember 1959 betrug ihre Zuwachsrate 15,2 vH. Einzelne Industriezweige dieser beiden großen Bereiche erreichten im Dezember oder Januar sogar jeweils ihren Produktionshöchststand überhaupt. Auch die Jahreszuwachsrate der Verbrauchsgüterindustrie waren mit 17,3 vH im Dezember 1959 und 15,2 vH im Januar 1960 beachtlich. Dieses sehr günstige Bild ändert sich indessen, wenn nicht die entsprechenden Vorjahresmonate, die besonders in wichtigen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie hohe Produktionsrückgänge aufwiesen, als Vergleichsbasis genommen werden, sondern wenn ein Vergleich über zwei Jahre hinweg vorgenommen wird. Dann zeigt sich z. B. bei dem bedeutendsten Zweig, der Textilindustrie, daß per Saldo kaum mehr geschehen ist, „als daß 1959 der Rückschlag von 1958 wieder aufgeholt wurde. Wenn die Textilerzeugung insgesamt vom Januar 1958 bis zum Januar

1960 um ... weniger als 1 vH gestiegen ist, so muß das in einem Land mit steigender Bevölkerungszahl bestenfalls als Stagnation gewertet werden“ (WWI-Mitteilungen 3/1960). Ähnliches gilt für die Bekleidungsindustrie. Produktionsrückgänge hat im ganzen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie aufzuweisen (— 2,4 vH im Dezember 1959 und — 3,6 vH im Januar 1960). Dagegen arbeitet der Bergbau erstmals seit Sept. 1958 wieder mit zunehmender Produktion (+6,2 vH im Dezember und + 3,6 vH im Januar), wobei die arbeitstägliche Steinkohlenförderung im Dezember um 3,9 vH zugenommen hatte, während sie im Januar etwa dem Vorjahresergebnis entsprach. Die Jahreszuwachsrate bei den Energieversorgungsbetrieben lagen bei 14,4 bzw. 14,9 vH.

Wenn der Index der *Bauproduktion* (Rohhochbau und Tiefbau) im Januar den Stand des gleichen Vorjahrsmonats um 15,2 vH übertraf, obwohl auch damals eine hohe Jahreszuwachsrate zu verzeichnen gewesen war und obwohl die winterliche Witterung in diesem Jahr ungünstiger war, dann ist darin sicherlich ein erster Erfolg der Maßnahmen zur Förderung einer gleichmäßigeren Beschäftigung in der Bauwirtschaft zu sehen. Für eine gründliche Übersicht über die Wirksamkeit der eingeleiteten Winterbaumaßnahmen ist es freilich noch zu früh, auch sollten in diesem Winter, in dem erstmals allgemein auf diesem Gebiet Neuland beschriftet wurde, die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt werden. Immerhin ist es aber bereits gelungen, die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe erheblich einzuschränken. Die Zahl der Arbeitslosen aus dem Bau- und Baunebengewerbe betrug Ende Januar 1960 nur 240 000 gegenüber 642 000 Ende Januar 1959. Bis Ende Februar 1960 nahm sie weiter auf 192 350 ab. In der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse liegt also ein eindeutiger sozialpolitischer Erfolg, der vor allem auf den tariflich vereinbarten Lohnausgleich für Arbeitsausfall zwischen Weihnachten und Neujahr sowie die gesetzlich festgelegte Zahlung von Schlechtwettergeld bei ungünstiger Winterwitterung zurückzuführen ist. Wegen dieser beiden Maßnahmen ist allerdings die Aufrechterhaltung der Arbeitsverhältnisse noch nicht gleichbedeutend mit einer entsprechend höheren Produktionsleistung im Baugewerbe. Darauf kommt es jedoch nicht entscheidend an, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in ihrem Bericht über die Arbeitsmarktlage im Januar mit Recht betont: „Worauf es ankam, war, zu sichern, daß die im Winter gegebenen, wenn auch beschränkten Arbeitsmöglichkeiten voll genutzt werden. Wenn und soweit es das Wetter nur immer erlaubt, arbeitet man nun, während die Bauarbeit bisher, hatte man sie erst einmal eingestellt, erst wiederaufgenommen wurde, wenn man mit einem Rückfall in

winterliches Wetter nicht mehr rechnete. In den Monaten Dezember 1959 und Januar 1960 paßte man sich der Wetterlage geschmeidiger an. Man blieb in ständiger Bereitschaft; daran hat es früher weithin gefehlt.“

Die geringere Winterarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft hat zu der allgemein relativ niedrigen *Arbeitslosigkeit* in diesem Winter wesentlich beigetragen. Daneben wirkt sich freilich die gute Konjunkturlage aus. In unserem letzten Bericht schrieben wir, daß viel erreicht wäre, „wenn auch in den Wintermonaten die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr annähernd halbiert werden könnte.“ Das ist tatsächlich mehr als gelungen. Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat war die Arbeitslosenzahl Ende Januar mit 627 000 um 723 570 niedriger und Ende Februar mit 529 592 (darunter 406 463 Männer) um fast 584 000. Die Arbeitslosenquote betrug Ende Februar 2,6 vH (bei den Männern 3 vH, bei den Frauen 1,8 vH).

*

Die *Nachfrage* nach Industriewaren hat auch in den letzten Monaten immer noch stärker als die Produktion zugenommen. Nachdem im Dezember 1959 überraschend mit 37,6 vH die höchste Wachstumsrate der Bestellungen im Verlaufe des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs zu verzeichnen gewesen war, schwächte sich jedoch der Auftragseingang im Januar 1960 merklich ab, er war „nur“ noch um 26 vH höher als im Januar 1959. Am stärksten hatten die Auftragsbuchungen wiederum bei der Investitionsgüterindustrie zugenommen (33 vH), es folgten die Grundstoffindustrie mit 26 vH und die Verbrauchsgüterindustrie mit 13 vH Zunahme. Allerdings gilt für die Auftragsstatistik das gleiche, was über die Jahresvergleiche bei der Produktion ausgeführt wurde. Auch hier dienen als Vergleichsbasis Monate mit schwacher Bestellmöglichkeit. Wird das Januarergebnis z. B. mit dem Auftragseingang vor zwei Jahren, im Januar 1958 verglichen, dann ergibt sich mit 24 vH eine geringere Zunahme als bei einem Jahresvergleich (+26 vH). Vom März vergangenen Jahres ab gingen die Auftragseingänge sprunghaft in die Höhe. Da künftig dieses erheblich höhere Niveau als Vergleichsbasis dient, werden auch die Zuwachsraten vom März ab schon wegen dieser statistischen Gründe niedriger sein als bisher. Ob sich indessen das effektive Tempo der Nachfrage, abgesehen von dieser zu erwartenden rein optischen Abschwächung, weiterhin wie im Januar verlangsamt, kann gegenwärtig noch nicht übersehen werden.

Wichtigster nachfragebelebender Faktor wird weiterhin die hohe *Investitionsneigung* der Unternehmer sein. Eine vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommene Vorerhebung zum Investitionstest 1959/60, bei

der die Investitionspläne von rund 3500 Industrieunternehmungen erfragt wurden, auf die rund 60 vH der gesamten industriellen Investitionen entfallen, deutet auf einen Investitionsaufschwung in diesem Jahre hin, wie er seit 1955 nicht mehr zu beobachten war. Das Ifo-Institut schreibt hierzu im Ifo-Schnelldienst vom 27. Januar 1960, daß nach dem gegenwärtigen Stand mit einem „Wachstum der industriellen Brutto-Anlageinvestitionen im Jahre 1960 in der Größenordnung von 14 bis 16 vH gerechnet werden“ kann; 1959 betrug die Zuwachsrate der Brutto-Anlageinvestitionen in der Industrie vergleichsweise 8 bis 9 vH. Während bisher die Rationalisierung bestehender Anlagen als *Investitionsmotiv* vorherrschte — wobei freilich auch Rationalisierungsinvestitionen in der Regel zu Kapazitätserweiterungen führen —, werden jetzt, vor allem in der Investitionsgüterindustrie, aber auch in der Verbrauchsgüterindustrie, wieder mehr Erweiterungsinvestitionen vorgenommen. In der Investitionsgüterindustrie wollen nach der Ifo-Erhebung z. B. in diesem Jahr 41 vH der Firmen ihre Kapazität erweitern gegenüber 27 vH im vergangenen Jahr. Das Erhebungsergebnis des Ifo-Instituts wird durch die weit über dem Durchschnitt liegenden Auftragseingänge bei der Investitionsgüterindustrie gestützt.

Neben der erheblich verstärkten privaten Investitionstätigkeit dürften die öffentlichen Investitionen 1960 kaum in ihrem Wachstum nachlassen. Am ehesten wird sich noch die Zuwachsrate des Wohnungsbaues vermindern. Für die gesamte Volkswirtschaft ist jedenfalls 1960 mit einer vermutlich noch größeren Zuwachsrate der Brutto-Anlageinvestitionen als 1959 zu rechnen. Im vergangenen Jahr nahmen die Brutto-Anlageinvestitionen — in jeweiligen Preisen gerechnet — um über 6 Md. DM = 12,6 vH zu, während die Zuwachsrate des Sozialprodukts dagegen nur 7,5 vH betrug.

*

Für die starke Nachfrageexpansion ist neben der raschen Beschleunigung der inländischen Investitionstätigkeit die hohe *Auslandsnachfrage* — meist auch nach Investitionsgütern — bestimmend. Im vergangenen Jahr lag die Zuwachsrate der Auslandsaufträge mit 28,5 vH erheblich über der der Inlandsaufträge (22,4 vH). Bei einer Beurteilung der Wirksamkeit der *einschränkenden kreditpolitischen Maßnahmen* der Bundesbank ist zu berücksichtigen, daß sie diese starke Auslandsnachfrage überhaupt nicht beeinflussen kann. Bei dem hohen Selbstfinanzierungsgrad der Wirtschaft werden sie aber auch, wenigstens bei den großen Unternehmungen, kaum zu einer wirksamen Beschränkung der Investitionsplanungen führen. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Investitionen weitgehend kreditunabhängig sind, da sie größtenteils aus

Steuergeldern finanziert werden. Wie sich die Maßnahmen der Bundesbank im übrigen auf die Konjunkturentwicklung auswirken werden, läßt sich indessen gegenwärtig noch nicht übersehen. Der Zentralbankrat hatte am 18. Februar zwei neue Maßnahmen beschlossen, um den Liquiditätsspielraum der Banken und damit deren Möglichkeiten zur Kreditgewährung einzuschränken. Mit Wirkung vom 1. März ab wurden die *Mindestreservesätze* erneut um 20 vH ihres Standes vom Oktober 1959 erhöht, und zugleich wurden die *Rediskont-Kontingente* der Kreditinstitute, d. h. die jeweiligen Beträge, bis zu denen die einzelnen Institute bei der Bundesbank Wechsel rediskontieren können, um 10 vH für die ersten 5 Mill. DM und um 30 vH für den Rest des Kontingents gekürzt. Die Mindestreserve, die die Banken und Sparkassen zinslos bei der Bundesbank stilllegen müssen und die infolgedessen für eine Kreditgewährung ausfallen, betragen nunmehr rund 11 Md. DM und sind damit um ungefähr 3,5 Md. DM höher als im Oktober 1959. Zugleich verringern sich die Rediskont-Kontingente der Banken um mindestens 2 Md. DM. Dennoch dürfte der Rediskont-Spielraum der Kreditinstitute noch beträchtlich sein und mehrere Milliarden D-Mark ausmachen. Hinzu kommt, daß die Banken erhebliche Beträge kurzfristig — zum großen Teil mit täglicher Fälligkeit — im Ausland angelegt haben und notfalls durch Rückruf dieser Auslandsgelder ihre Liquidität verbessern können. Außerdem fließen ihnen aus ihren Außenhandelsgeschäften infolge unseres hohen Außenhandelsüberschusses laufend neue flüssige Mittel zu (über die Bedeutung der Außenhandelsüberschüsse für Konjunktur und Konjunkturpolitik vgl. den Aufsatz von *Ehrenberg* „Maßhalten in der Konjunktur — aber wo?“ in diesem Heft, S. 218 ff.). Vorläufig scheinen aus diesen Gründen die Kreditinstitute im ganzen den Maßnahmen der Bundesbank noch in erheblichem Maße ausweichen zu können. Allerdings führt die Geldverteuerung in einzelnen Bereichen der Wirtschaft und bei manchen Unternehmen zur Zurückhaltung und Einschränkung. „Es gilt“, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Bericht zur Wirtschaftslage im Januar 1960, „den Teil des Nachfragewachstums zu inhibieren, der bei voller Auslastung der Produktionsfaktoren und bei stabilen Preisen nicht mehr vom Angebot gedeckt werden kann.“ Es fragt sich jedoch, ob der „richtige Teil“ überhaupt fühlbar getroffen wird, die Bereiche nämlich, von denen die Übersteigerungstendenzen ausgehen.

Die Verantwortlichen der Bundesbank wissen natürlich selbst, wie grob die von ihnen getroffenen Maßnahmen wirken müssen. Daraus erklären sich ihre ständigen Ermahnungen an die öffentliche Hand, auch ihrerseits zur Konjunkturdämpfung beizutragen. Wir haben bereits in unserem letzten Bericht (GM,

H. 1/1960, S. 53) und früher darauf hingewiesen, daß gegenwärtig einer *annzyklischen Finanzpolitik* enge Grenzen gezogen sind. Jetzt machen sich eben die Versäumnisse der Vergangenheit bemerkbar. Wer eine wirkungsvolle antizyklische Finanzpolitik betreiben will, der muß sich schon *rechtzeitig* darauf vorbereiten und sich die erforderlichen haushaltsrechtlichen und finanzpolitischen Mittel schaffen. Die vom Bundeskabinett am 9. März beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung, die noch von Bundestag und Bundesrat gebilligt werden müssen, sind jedenfalls ein recht fragwürdiger Ersatz für eine planvolle, mit den kreditpolitischen Maßnahmen abgestimmte konjunkturorientierte Finanzpolitik. Einige Wirkung mag noch die Begrenzung des jährlichen Höchstbetrages der degressiven Abschreibung auf das Zweifache der linearen Abschreibung und 20 vH haben, statt bisher das Zweieinhalbfache und 25 vH. Investitionsdämpfend soll sich auch die beabsichtigte Heraufsetzung des der Berechnung der Pensionsrückstellungen zugrunde gelegten Mindest-Zinssatzes von 3,5 auf 5,5 vH sowie die Herabsetzung der Abschreibungssätze für neuerrichtete Wohnbauten, in den ersten beiden Jahren z. B. von bisher 10 auf 7,5 vH, auswirken. Die übrigen vorgeschlagenen Maßnahmen sind indessen kaum als solche konjunkturpolitischer Art anzusehen. Dies gilt z. B. für die Einschränkung des steuerfreien Spesenunwesens; hierbei handelt es sich um einen längst fälligen Akt der Steuergerechtigkeit.

Zugleich mit der Bekanntgabe des steuerlichen Konjunkturprogramms der Bundesregierung erklärte Staatssekretär *Westrick* vom Bundeswirtschaftsministerium, daß die Bundesregierung auch bemüht sein will, das Gesamtangebot zu erhöhen. Dazu sollen die Einfuhrkontingente aufgestockt werden, wobei insbesondere die Nahrungsmiteleinfuhr, um preisregulierend wirken zu können, sorgfältig gesteuert werden sollen. Außerdem will die Bundesregierung 30 vH der Mittel für öffentliche Bauten an den Winterbau binden und öffentliche Bauaufträge nur vergeben, wenn die Preise nicht über denen des Vorjahres liegen. Schließlich sollen zur Entspannung des Arbeitsmarktes ausländische Arbeitskräfte angeworben werden. Ob die beabsichtigte Erhöhung der Einfuhrkontingente auch tatsächlich erfolgen wird, ist allerdings vor allem im Agrarsektor wegen des bekannten Einflusses der Agrarverbände auf die Bundesregierung keineswegs sicher, zumal sich sicherlich auch hier die kommende Bundestagswahl schon bemerkbar machen dürfte. Sollten aber dennoch solche Maßnahmen zur Erweiterung des Gesamtangebots ergriffen werden, dann wären sie sehr zu begrüßen, entsprechen sie doch gewerkschaftlichen Forderungen ebenso wie den Empfehlungen des sogenannten *Blessing-Gutachtens*. Dort heißt es am Schluß: „Durch eine möglichst liberale Einfuhrpolitik, durch

eine entsprechende Handhabung der landwirtschaftlichen Marktregulierung ... ließe sich sicher manches erreichen“, außerdem aber auch nach Ansicht des Präsidenten der Deutschen Bundesbank „durch eine schärfere Einflußnahme auf Preisfestsetzung monopolistischer und quasi-monopolistischer Unternehmungen“.

*

Wenn auch eine ausreichende Darstellung oder gar Würdigung des vom Präsidenten der Bundesbank, *Blessing*, auf Wunsch des Bundeskanzlers erstatteten „*Memorandums über die Lohn- und Preisentwicklung*“ im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist²⁾, so soll doch wenigstens auf einige Passagen des Gutachtens hingewiesen werden. Was zur Entwicklung von Preis, Lohn und Produktivität im vergangenen Jahr ausgeführt wird, bestätigt im wesentlichen die gewerkschaftlichen Feststellungen hierzu. In dem Gutachten wird — übrigens übereinstimmend mit dem letzten Wirtschaftsbericht in den Gewerkschaftlichen Monatsheften (1/1960, S. 51/52) — festgestellt, „daß die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus im Jahre 1959 überwiegend auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen“ und „daß in der Gesamtwirtschaft die Erhöhung der Durchschnittsverdienste im Jahre 1959 durch die Produktivitätserhöhung im großen und ganzen kompensiert worden ist... Die Lohnsteigerungen im Jahre 1959 sind praktisch preisneutral gewesen.“ Die Erzeugerpreise gingen bis zum Sommer 1959 nicht zurück, sondern zeigten seit August sogar „leicht steigende Tendenz, obgleich die Lohnkosten je Produktionseinheit sich auch in dieser Zeit eher weiter verringerten“.

Seit Jahr und Tag behauptet die Propaganda der Arbeitgeberverbände abwechselnd, daß Lohnerhöhungen entweder überhaupt zu Preissteigerungen führen müssen — so war es vor Bekanntgabe des *Blessing*-Gutachtens zu lesen — oder wenigstens dann, wenn sie über den Produktivitätszuwachs hinausgehen — so heißt es jetzt. Der Behauptung, daß Lohnerhöhungen in jedem Falle preissteigernd wirken, hat das Gutachten eindeutig die Grundlage entzogen. Es wird festgestellt, daß Lohnerhöhungen, ebenso wie die Erhöhung anderer Kosten, keine preissteigernde Tendenz haben, wenn sie „durch stärkere Ausnutzung der Kapazitäten, . . . erhöhten Maschineneinsatz, ... bessere Betriebsorganisation kompensiert werden können, das heißt, wenn die Produktivität entsprechend gesteigert werden kann“. Aber auch Lohnerhöhungen, die über den Produktivitätszuwachs hinausgehen, wir-

ken „insoweit nicht preissteigernd, als sie durch eine Verringerung der Gewinnspanne der Unternehmen aufgefangen werden“. Außerdem braucht es in diesem Falle von der Nachfrageseite her nicht zu Preissteigerungen zu kommen, wenn das Warenangebot durch Einfuhren erhöht wird oder wenn „im gleichen Umfang (wie die über den Produktivitätszuwachs hinausgehende Lohnerhöhung) mehr gespart wird“.

In dem Gutachten wird es „wegen dieses vielschichtigen Zusammenhanges“ vermieden, genaue Angaben über den künftigen Spielraum für Lohnerhöhungen zu machen. Allerdings wird der Produktivitätszuwachs in diesem Jahr auf 3 bis 4 vH geschätzt und dazu festgestellt, daß Lohnerhöhungen in diesem Ausmaß (auf jeden Fall) als preisneutral betrachtet werden können. Arbeitgeberverbände und Bundesregierung (bei der Beamtenbesoldung) legen diese Äußerung so aus, als wenn mit diesem Prozentsatz die *Grenzen* für Lohnerhöhungen angegeben werden. Dabei werden die erwähnten grundsätzlichen Ausführungen des Gutachtens nicht berücksichtigt. Eine solche Auslegung ist deshalb falsch, sie zeigt aber, daß der Wert von Gutachten, selbst unabhängiger Stellen, für lohnpolitische Auseinandersetzungen nicht überbewertet werden darf. Vieles spricht im übrigen dafür, daß die Zuwachsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität in diesem Jahr eher höher sein wird als 1959, wo sie 4,2 vH betrug. *Herbert Martell* hat u. E. recht, wenn er in seiner „Konjunkturpolitischen Chronik“ in der Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung „Konjunkturpolitik“, H. 1/1960, folgendes ausführt: „Was nun die Aussichten und Möglichkeiten betrifft, die industrielle Erzeugung auch in diesem Jahr trotz anhaltender Anspannung des Arbeitsmarktes verstärkt auszuweiten und im Rahmen dieser Erzeugungszunahme eine allmähliche Anpassung an die im vergangenen Jahr sprunghaft gestiegene Nachfrage der Investoren zu erreichen, so sind die Bedingungen hierfür vom Potential her gesehen schon deshalb außergewöhnlich günstig, weil der Prozeß der zunehmenden Intensivierung der Kapitalausstattung des Produktionsfaktors Arbeit ja keineswegs abgeschlossen, sondern in vollem Gange ist und durch diese anhaltende Intensivierung die Grenzen des realisierbaren Fortschritts gerade im industriellen Bereich weiter hinausgeschoben werden.“

Wer nach dem *Spielraum für Lohnerhöhungen* in diesem Jahr fragt, darf die seit dem letzten Herbst eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung nicht übersehen. Trotz der inzwischen erfolgten Preissenkungen für einige Nahrungsmittel mußte der Arbeitnehmer im Januar für dieselbe Verbrauchsmenge insgesamt 3,2 vH — und für dieselbe Menge an Nahrungsmitteln sogar 5,2 vH — mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Das bedeutet, daß Lohn- oder Gehaltserhöhungen von 3 bis

2) Vgl. hierzu u. a. die gewerkschaftlichen Stellungnahmen in GM, H. 3/1960, S. 187, „Die Quelle“, 2/1960, S. 59, „Der Gewerkschafter“ H. 2/1960, S. 4 sowie „Welt der Arbeit“ vom 4. März 1960, S. 4.

4 vH, wie sie von den Arbeitgeberverbänden und der Bundesregierung (bei der Beamtensoldung) als oberste Grenze angesehen werden, gerade erst ausreichend sind, um dem Arbeitnehmer die seit dem letzten Herbst verlorengegangene Kaufkraft zurückzugewinnen; erst dann kann er wieder dieselbe Menge an Gütern und Dienstleistungen kaufen wie im Sommer 1959. Soll aber das, was in diesem Jahr je Kopf mehr an Gütern produziert wird, auch an die Letztverbraucher verkauft werden können, dann muß das Lohnniveau bei einer angenommenen Produktivitätszuwachsrate von 4 vH um *mindestens* 7 bis 8 vH steigen. Dabei würde es sich um eine untere Grenze handeln, weil z. B. die wachsende Sparneigung der Arbeitnehmer noch nicht berücksichtigt ist.

Gesamtwirtschaftlich ist jedenfalls eine verstärkte Lohnbewegung keinesfalls schädlich, sondern im Gegenteil vor allem deswegen sehr nützlich, weil die Nachfrage des privaten Endverbrauchers hinter der Gesamtentwicklung zurückgeblieben ist. Sehr stark zugenom-

men hat nämlich nur die Unternehmernachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, und die Nachfrage der öffentlichen Hand; nur dort sind teilweise Übersteigerungserscheinungen festzustellen. Für die Nachfrage der privaten Endverbraucher ist es dagegen bezeichnend, daß der Einzelhandel im Januar nur um 2 vH mehr Waren verkaufen konnte als im gleichen Vorjahrsmonat. Wenn aber das gesamtwirtschaftlich erfreuliche starke Wachstum weitergehen soll, dann muß „die Umlenkung der künftigen zusätzlichen Nachfrage in den Verbrauchsgüterbereich kommen“, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 19. Februar 1960 ausführt, „und sie muß so rechtzeitig kommen, daß nicht erst eine Welle von Pessimismus auch in der Bundesrepublik die alten — wirtschaftspolitisch so unnötigen — zyklischen Schwankungen wieder in Gang setzt. Das heißt freilich, daß die Mehrnachfrage nach Gütern des privaten Verbrauchs bereits wirksam werden muß, *bevor* die allgemeine Anspannung beseitigt ist.“

Günter Pehl